

JA zur Abzockerinitiative

Gegenvorschlag taugt nichts

Von e.Nationalrat Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident

Während Jahren verschleppten FDP, CVP und SVP diese Abstimmung in der Hoffnung, dass sie zu einer Zeit zur Abstimmung komme, wo das politische Klima günstig ist gegen die Initiative. Nun denn, wer vor zwei Wochen die Aussagen, oder besser gesagt die Nicht-Aussagen, des ehemaligen Schweizer-Bankers Rohner zur Kenntnis genommen hat, der weiss, was zu stimmen ist. Nämlich JA zur Abzocker-Initiative! Einer der Oberabzocker sagte vor einer britischen Kommission zum Libor-Skandal aus, **dass er nicht gewusst habe, dass in diesem Fall finanzakrobatische Vorgänge abgelaufen sind, die nicht rechtens waren.** Er mimte den Ahnungslosen, dabei war er doch an vorderster Front mit dabei. Mit dabei... die andern Leute auszunehmen und selbst fette Profite für sich und seine Grossbank einzustreichen. **Und all die grossen Abzocker wurden bisher nicht für ihre dreisten Selbstbedienungssaktionen bestraft.** Man kann sie nämlich kaum bestrafen. Nur die Initiative garantiert, dass solche Leute erstens zur Kasse gebeten werden können und dass es zweitens auch möglich ist, dass sie hinter Gitter müssen. Der verwässerte Gegenvorschlag ist auch diesbezüglich reiner Gummi und nichts wert.

Lesen Sie dazu im Internet auch: www.abzockerinitiativeja.ch

Fiese EconomieSuisse

Mit einer Millionenpropaganda soll nun die Abzockerinitiative gebodigt werden. Das internationale Ansehen unseres Landes würde bei Annahme der Initiative leiden. Dazu ist allerdings die Frage zu stellen: **Wer hat das internationale Ansehen unseres effektiv Landes geschädigt? – Es waren doch die Banken selbst mit ihrem gierigen Abzockergebaren.**

Die Wirtschaftsorganisation bekämpft Ständerat Thomas Minder mit denselben unlauteren und hinterhältigen Methoden, wie sie gegen unsere EU-Freizügigkeitsreferenden vorgegangen ist. Man erinnere sich: **Diese Wirtschaftsorganisation hat seinerzeit alle erdenklichen Internet-Namen gegen die bilateralen Verträge aufgekauft, die wir als Gegner dieser Vorlagen sie nicht mehr gebrauchen konnten.** So wollten sie es uns verunmöglichen, eine Internet-Kampagne zu machen.

Mit genau derselben fiesen und schäbigen Methode geht diese Organisation nun gegen die Abzockerinitiative vor. Diese sich fein gebärdenden Krawattenmänner sollten sich für solche Aktionen in Grund und Boden schämen! Ebenso für die angeheuerten Studenten, die ablehnende Leserbriefe professionell gemäss Vorgaben schrieben und dafür noch bezahlt wurden.

NEIN-Komitee mit vielen SVPlern!

Wenn man sich das gegnerische Komitee anschaut, dann fällt sofort auf, dass ausnehmend viele SVP-National- und Ständeräte rund um Christoph Blocher diese Initiative aus Eigeninteresse bekämpfen. Dies ist natürlich im krassen Gegensatz zur SVP-Basis, die alles Interesse daran haben muss, der Abzockerinitiative zuzustimmen. Pfui ihr Herren Blocher und Co. **Diese SVP-Herren zeigen nun ihr wahres Gesicht. Sie vertreten nicht die Volksinteressen, sondern diejenigen der internationalen Grossbankenwelt und Hochfinanz.** Und ein weiterer Strippenzieher im Hintergrund ist der BDP-Präsident Martin Landolt. Seines Zeichens auch Vertreter von UBS-Interessen im Bundeshaus. **Geben wir all diesen Herren die Abfuhr, die sie nötig haben und stimmen wir deshalb JA zur Abzockerinitiative.**

Und noch zum Gegenvorschlag eine Präzisierung des Initiativkomitees:

„Initiative: Von den Gegnern der Initiative wird immer darauf hingewiesen, dass die Umsetzung des Initiativtextes in Gesetzesform Jahre dauern kann. Dabei wird ignoriert, dass gemäss Übergangsbestimmungen innerhalb eines Jahres nach Annahme der Initiative durch Volk und Stände, der Bundesrat bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen die erforderlichen Ausführungsbestimmungen erlassen muss, d.h. bis 3. März 2014.

***Gegenvorschlag:** Es wird immer wieder behauptet, der Gegenvorschlag werde im Gegensatz zur Volksinitiative sofort wirksam. Da ist zu präzisieren, dass bei einer eventuellen Ablehnung der Initiative zuerst eine 100tägige Referendumsfrist läuft. Wird kein Referendum ergriffen, gewährt der Gegenvorschlag den Gesellschaften für die Umsetzung aller neuen Gesetzesartikel eine Übergangszeit bis 2016.“ Also kann man so munter weitermachen wie bisher.*